

Schadenersatzforderung im Fall Kühner

13.10.2010 | Kurier | Georg Hönigsberger

Martin Hewelt saß zwei Tage hinter Gittern zu unrecht, sagt ein Gericht. Jetzt droht er der Republik mit einer Klage.



Der Staat soll bleichen: Anwalt Johannes Öhlböck (li.) fordert für seinen Mandanten Martin Hewelt 10.000 Euro Schadenersatz.

Im Fall der seit mehr als vier Jahren vermissten Julia Kühner kam es im Mai zur spektakulären Verhaftung von Martin Hewelt, 26, der von den Behörden als Verdächtiger gehandelt wurde. Er selbst gibt an, Julia Kühner nie gesehen zu haben. Alle Vorwürfe erwiesen sich als haltlos. Jetzt droht sein **Anwalt Johannes Öhlböck** der Republik mit einer Amtshaftungsklage.

KURIER: Herr Öhlböck, warum fordern Sie für Ihren Mandanten eine Entschädigung durch die Republik Österreich?

Öhlböck: Ich habe mich für Herrn Hewelt beschwert gegen alle Beschlüsse, die die Staatsanwaltschaft Korneuburg gefordert und das Landesgericht Korneuburg beschlossen hat. Da ging es um Festnahme, da ging es um Hausdurchsuchung, da ging es um Telefonüberwachung. Das Oberlandesgericht Wien hat festgestellt, dass alle diese Beschlüsse rechtswidrig waren. Dass alles, was als Basis dieser Beschlüsse vorgelegen ist, zu wenig war, um eine Haft, eine Anhaltung, eine Hausdurchsuchung zu rechtfertigen. In einem weiteren Schritt hat das Oberlandesgericht sogar mitgeteilt, dass die Ergebnisse der rechtswidrigen Telefonüberwachung zu vernichten sind.

Jetzt wollen Sie Schadenersatz?

Öhlböck: Ja, es ist schließlich großer Schaden entstanden. Es wurde beim Polizeieinsatz ja 18-mal in Wildwest-Manier herumgefeuert - mit einer Pumpgun, einer Pistole, einem Sturmgewehr. Es wurde auf den Hund geschossen. Was ist ein toter Hund wert? Was ist es wert, dass einem die Möglichkeit des letzten Abschiedes genommen wird?

Herr Hewelt, wie ist die Festnahme genau abgelaufen?

Hewelt: Es hat geklopft. Ich hab' gesagt: "Moment, ich mach auf." In dem Moment ist das Brecheisen bei der Tür reingekommen. Ein Beamter ist herein und hat mich niedergetreten. Dann sind die Leute in das nächste Zimmer . . .

Öhlböck: Sie haben ein wichtiges Detail vergessen.

Hewelt: Ich hab' die Hände oben gehabt. Wenn du die Tür aufgebrochen kriegst und du siehst nur mehr Sturmgewehre und voll maskierte Männer, dann denkst du dir "Bitte nicht". Ich wurde am Boden fixiert, dann sind sie ins nächste Zimmer und ich hab' nur mehr Schüsse gehört. Der Hund hat gewinselt ... dann war das Ganze vorbei.

Was ist mit dem toten Hund passiert?

Hewelt: Ein Cobra-Beamter hat zu mir gesagt: "Um den brauchst du dir keine Sorgen machen, der ist in der nächsten Mülltonne." Ich wollte ihn auf jeden Fall noch begraben.

Sie hätten kurz nach Ihrer Verhaftung einen Job beginnen sollen.

Hewelt: Ich bin nicht mehr dort. Ich habe zwischendurch schon wieder was anderes gehabt.

Öhlböck: Er wurde schlichtweg einfach gekündigt. Aufgrund der Presseberichte - da wurde teilweise sehr reißerisch berichtet. Das hat nicht nur dazu geführt, dass er von allen Menschen in seiner näheren und weiteren Umgebung geschnitten wurde, sondern er hat auch seinen Job verloren.

Wie geht es weiter?

Hewelt: Ich bin gerade beim Roten Kreuz und mache die Ausbildung zum Sanitäter. Ich mache so viel wie möglich, um mich abzulenken. Und ich strenge mich an, wieder Arbeit zu finden. In meinem Leben hat sich alles geändert. Der Kontakt zu den meisten Freunden ist gänzlich abgerissen. Auch zu Tamara (seine ebenfalls im Fall Kühner festgenommene Ex-Freundin, Anm.) habe ich seit einem halben Jahr keinen Kontakt mehr.

Wohnen Sie noch in Ihrer Wohnung in St. Leonhard?

Hewelt: Ich bin weggezogen, zu meiner Familie. In der alten Wohnung bin ich bei jedem Geräusch an der Tür erschreckt. Ich hab' immer wieder die Blutlacke vom Hund vor mir gesehen. Es wäre dort absolut nicht mehr möglich gewesen.

Welche Forderung stellen Sie an den Staat?

Öhlböck: Die Republik muss nach dem Gewaltexzess zeigen, dass sie ein Rechtsstaat ist. Es geht nicht nur um Schadensersatz. Da wurde jemand in einer Kommandoaktion festgenommen und zwei Tage lang eingesperrt, als hätte es gegolten, Al Capone zu inhaftieren. Wir fordern zunächst rund 10.000 Euro. Wenn es dabei bleibt, dass wir uns außergerichtlich einigen, sind wir damit zufrieden. Ansonsten wird es eine Amtshaftungsklage geben. Dann klagen wir die Republik. Die Republik hat jetzt drei Monate Zeit. Die Finanzprokurator ist der zentrale Ansprechpartner.

Was wünschen Sie sich von den Behörden?

Hewelt: Endlich eine Entschuldigung. Das alles, was passiert ist, wiedergutzumachen, geht eh nicht.

Abdruck mit freundlicher
Genehmigung des Kurier

Dr. Johannes Öhlböck LL.M., Rechtsanwalt in Wien
www.raoe.at

Rechtsanwalt Dr. Johannes Öhlböck LL.M. berät Sie in
Fragen des österreichischen Strafrechtes und vertritt Sie
im Strafverfahren (Strafprozess).

